

## B E S C H L U S S

der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland  
auf ihrer 4. Tagung

zum

Engagement für Klimagerechtigkeit

Zeitgleich zur 4. Tagung der 12. Synode der EKD findet der 23. Weltklimagipfel in Bonn unter dem Vorsitz des pazifischen Inselstaates Fidschi statt. Die COP 23 berät über die Umsetzung des Paris-Abkommens von 2015. Der Vorsitz eines kleinen, vom Klimawandel besonders betroffenen Inselstaates verdeutlicht, dass Klimaschutz eine Frage weltweiter Gerechtigkeit ist. Sie fordert auch die weltweite Christenheit auf, konsequent für Klimagerechtigkeit einzutreten und dabei die Bedürfnisse der Ärmsten und Verletzlichsten in den Mittelpunkt unseres gemeinsamen Handels zu stellen.

Alle Länder der Welt haben das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet. Mit großer Sorge und Unverständnis nehmen wir wahr, dass Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Abkommen angekündigt hat.

Deutschland, das nun umso mehr eine Vorreiterrolle einnehmen müsste, steht in der Gefahr, sein Klimaziel für das Jahr 2020 deutlich zu verfehlen. Das Bundesumweltministerium hat berechnet, dass bis 2020 eine Treibhausgasreduktion von nur 30 - 32,5 % erreicht wird statt der von der Bundesregierung beschlossenen 40 % (Basis 1990).

Mit Sorge nehmen wir wahr, dass es der bisherigen Bundesregierung nicht gelungen ist, einen konsistenten, kurz- wie langfristig ausgelegten Plan zu entwerfen, wie das Ziel von Paris, die weitgehende Treibhausgasneutralität in allen Sektoren bis zum Jahre 2050, erreicht werden kann. Damit droht Deutschland, nicht nur seine Glaubwürdigkeit in der internationalen Klima- und Energiepolitik, sondern auch seine Zukunftsfähigkeit zu verspielen.

Die Synode bittet den Rat der EKD, der Bundesregierung und den Bundestagsparteien die im Synodenbeschluss von 2016<sup>1</sup> genannten Eckpunkte für eine konsistente Klima- und Energiepolitik in Erinnerung zu rufen.

Sie bittet darüber hinaus, bei den politischen Verantwortungsträgern darauf hinzuwirken, zeitnah ein Klimaschutz-Sofortprogramm für die Jahre 2018 bis 2020 aufzulegen, damit bis 2020 das vereinbarte Klimaziel einer Treibhausgasreduktion von 40 % noch erreicht werden kann. In diesem Sofortprogramm sollte das sozialverträgliche Auslaufen aller Kohlekraftwerke, die bereits eine Laufzeit von über 30 Jahren haben, enthalten sein, flankiert durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit.

Darüber hinaus müssen weitere Weichenstellungen im Klimaschutz vorgenommen werden:

- Neben dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, der sich auch auf den Wärmebereich erstreckt, müssen alle Potenziale – besonders im Gebäudebereich – genutzt werden, um Energie einzusparen und effizienter zu nutzen.
- Vordringlich ist ein nachhaltiger Umbau des Verkehrssektors. Dieser sollte aus einer
  - Mobilitätswende, mit Maßnahmen konsequenter Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung sowie einer
  - Energiewende im Verkehr, durch die Umstellung der Verkehrsträger auf klimaneutrale Antriebe bestehen.

Mit Blick auf die COP 23 bittet die Synode den Rat der EKD, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass

- die Bundesregierung sich für eine ambitionierte Gestaltung des "Paris Regelbuchs" sowie des "Facilitative Dialogue 2018" einsetzt. Das Pariser Klimaabkommen braucht einen dynamischen und transparenten Umsetzungsmechanismus;

---

<sup>1</sup> „Beschluss zur konsequenten Umsetzung des Weltklimaabkommens von Paris“ , Beschluss 9 vom 09.11.2016)

- die internationale Finanzierung von Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen in armen Ländern kontinuierlich an die wachsenden Herausforderungen angepasst und Mittel für die Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste bereitgestellt werden. Dabei soll besonders die Lücke im Finanzbedarf für Anpassungsmaßnahmen geschlossen werden;
- ein völkerrechtlicher Rahmen für die Menschen geschaffen wird, die klimabedingt keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Es sollte einen Aufruf an migrationsrelevante internationale Verhandlungsprozesse außerhalb der Klimarahmenkonvention (UN Global Compact for Migration and Global Compact on Refugees, WIM Task Force) geben, um den Ursachen und Folgen klimabedingter Migration sowie den Bedürfnissen und Rechten der Betroffenen umfassend gerecht zu werden.

Die Synode der EKD hat sich wiederholt in Beschlüssen zur Klimaproblematik geäußert, zuletzt auf ihrer Tagung 2016. Die Synode der EKD macht sich den vorgelegten "Klimabericht für die Evangelische Kirche in Deutschland 2017" zu eigen und wiederholt ihre Bitte an die EKD, die Gliedkirchen und Werke, bis zum Jahr 2020 eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um insgesamt 40 % anzustreben.

Sie bittet die EKD, die Gliedkirchen und Werke,

- verbindliche Klimaschutzziele bis 2030 festzulegen und den Klimaschutzkonzepten eine hohe Priorität einzuräumen;
- ausreichende Finanzmittel zur Erreichung der Klimaschutzziele insbesondere für investive Maßnahmen im Gebäudebereich zur Verfügung zu stellen;
- Konzepte nachhaltiger Mobilität und ökofairer Beschaffung umzusetzen;
- die Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Klimaschutz nach Auslaufen der Förderung durch die nationale Klimaschutzinitiative aufrecht zu erhalten.

Der Rat der EKD wird gebeten,

- das Projektbüro Klimaschutz als zentrale Beratungs- und Koordinationsstelle der EKD in der FEST weiterzuführen;
- im Jahre 2020 einen weiteren Klimabericht der Synode der EKD vorzulegen und auf der Grundlage von Konsultationen mit den Landeskirchen ein Konzept zu erarbeiten, wie die Kirchen bis 2050 Klimaneutralität erreichen können.

Die Synode begrüßt ihre Bitte an die EKD, die Gliedkirchen und Werke, ihr Anlagekapital im Zuge einer nachhaltigen Anlagestrategie aus Branchen der fossilen Energieträgergewinnung und Energieerzeugung sukzessiv abzuziehen (Divestment) und dem Vorbild des ÖRK, der Church of Sweden, Church of England, United Church of Christ, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau sowie weiterer kirchlicher und kommunaler Akteure zu folgen. Dabei sollten die vom Arbeitskreis Kirchlicher Investoren (AKI) im März 2017 veröffentlichten Leitlinien zu Klimastrategien positiv aufgenommen werden.

Das Präsidium der Synode wird gebeten, zusammen mit dem Umweltbeauftragten der EKD ein Konzept für die klimaneutrale, ressourcenschonende Durchführung der Synodaltagungen einschließlich der Hoteldienstleistungen zu entwickeln. Insbesondere sollten dabei die Reduzierung des Papierverbrauchs, die Vermeidung von Wegwerfmaterialien sowie die Versorgung mit fair gehandelten, ökologischen Lebensmitteln berücksichtigt werden.

Bonn, den 15. November 2017

Die Präsidentin der Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland



Dr. Irmgard Schwaetzer